

Kontroverser Schlagabtausch

Demokratie Nach einem Befangenheits-Eklat fasst der Gemeinderat nun erneut den Aufstellungsbeschluss für das Baugebiet nördlich der Karlstraße in Langenau – nach zweistündiger Diskussion. *Von Oliver Heider*

Es war ein Paukenschlag, als im Januar der Aufstellungsbeschluss für den Bauplan „Nördlich der Karlstraße“ in Langenau für rechtswidrig erklärt worden war (wir berichteten). Am Freitag tagte der Gemeinderat erneut dazu. Zuerst beendete das Gremium vor 30 Zuhörern formal das Verfahren einstimmig, um den Weg frei für einen neuen Anlauf zu machen. Dann folgte ein zweistündiger Schlagabtausch, an dessen Ende der Rat mehrheitlich für den Aufstellungsbeschluss votierte.

Zunächst hatte Bürgermeister Daniel Salemi Argumente für das Bauprojekt des Investors, der Firma Rolf Kunze Wohnbau, erläutert: „Es gelte zum Beispiel der Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung, die Stadt habe einen Wohnraum-Bedarf von rund 80 Einheiten pro Jahr – und vieles sei vom Simontalgraben aus „barrierearm“ erreichbar.

Reger Austausch im Vorfeld

Salemi zufolge hatte es jüngst „einen regen Austausch“ zwischen Verwaltung, Investor und Bürgerinitiative (BI) gegeben, die ein Bürgerbegehren angekündigt hat. So habe der Bauherr angeboten, zwei der fünf Gebäude je um ein Geschoss niedriger zu bauen. Es seien zwar „nicht unfruchtbare Gespräche“ gewesen. Eine Einigung sei aber nicht erzielt worden, weil sich die Initiative mehr vorgestellt habe, sagte Salemi, der „vermittelnd“ tätig gewesen sei.

Wie nötig eine solche Rolle ist, zeigte sich in der Grundsatzrede



Das geplante Baugebiet beschäftigt in Langenau die Beteiligten schon seit drei Jahren. *Foto: Oliver Heider*

von Helga Mack (CDU), die statt „Lügen“ für Fakten und „die Wahrheit“ plädierte. Aus ihrer Sicht gab es weder ein Gefälligkeitsgutachten, noch verschlechterten sich künftig die bestehenden klimatischen Verhältnisse. Und: „Es kann nicht jeder auf einem privilegierten Acker-Grundstück von über 3000 Quadratmetern ein Wohnhaus errichten.“ Das Bauamt ziehe keine willkürlichen Grenzen. Es entstünden 86 Wohnungen, 19 davon für Menschen mit geringem Einkommen.

Verbaler Gegenwind kam aus den Reihen der GUL: Erst durch

die BI sei es zu einer „kritischen und würdigen Auseinandersetzung“ gekommen, sagte Renate Maier-Tayblum, „wir sind nicht gegen den Investor, sondern für ein lebenswertes Langenau.“ Heinrich Buck wies erneut unter anderem auf die „nachweisliche Gefahr einer Überflutung“ hin, vor der man zumindest den Bauherren warnen müsse, um als Stadt später nicht zu haften. Roland Riedlinger kritisierte vor allem die Aufstellung nach Paragraph 13a, forderte mehr parkähnliche Flächen und unterstützte die Ideen der BI, auf ein Gebäude zu ver-

zichten oder bei allen weniger Geschosse zu planen.

Wolfgang Faul (SPD) indes kritisierte diese Haltung. Habe der Investor doch signalisiert, „auf weitere zehn bis zwölf Wohnungen zu verzichten“. Werde noch weiter reduziert, blieben auch weniger Sozialwohnungen übrig. Georg Henseler (CDU) erklärte, er stimme mit „nein“ wegen der Zufahrt über die Wettinger Straße, die dafür nicht geeignet sei. Nachdem der Investor – wie von Planer Thomas Häußler erläutert – ein Nachbargrundstück im Westen für Fußgänger- und Rad-An-

bindung erworben habe, könne der Verkehr über Nelken- und Rosenstraße erschlossen werden, so Henseler. Eine Idee, die nicht weiterverfolgt wurde. „Ich weiß, dass die Nerven blank liegen“, sagte Hannah Kraski (FWG) und betonte: „Wir sind nicht gegen die Bürgerinitiative.“ Sie votiere aber fürs Bauprojekt, weil dieses durch den Gestaltungsbeirat verbessert worden sei und Wohnraum geschaffen werde.

Neben den fünf GUL-Räten stimmten Achim Barth (FWG), Georg Henseler und Markus Hagenmaier (beide CDU) dagegen, 14 Räte dafür. Jetzt wird es laut Salemi „formal“ schwierig, Einwendungen von Bürgern abzuwägen. Die kämen beim Auslegungsbeschluss dran. Und der werde nicht vorm Bürgerbegehren – und womöglich Bürgerentscheid – gefasst, um selbiges nicht zu behindern. Weiter diskutiert werden dürfte aber wohl trotzdem.

Zwei Ratsmitglieder stimmen nicht mit ab

Befangenheit Im Zuschauer-Raum saßen am Freitag Wolfgang Haide und Christoph Hommel (beide FWG). Haide durfte nicht mit abstimmen, weil seine Baufirma einen Auftrag erhalten hatte. Haides Schwager Hommel hätte laut Daniela Mayer-Kraus, Leiterin der Abteilung Personal und Organisation, am Platz bleiben dürfen, weil Haide als Geschäftsführer, nicht als natürliche Person befangen sei. Hommel rückte freiwillig vom Tisch ab.